

Die Börsenumsatzsteuer kommt!

Attac Thema seit 17 Jahren

Als vor 17 Jahren in Frankreich eine globalisierungskritische Bewegung namens Attac entstand, war die Gründungsmotivation die Einführung der sogenannten „Tobin-Steuer“. Erfinder war damals der Ökonom James Tobin, der angesichts der argentinischen Wirtschaftskrise im Jahre 1992 die Idee veröffentlichte, eine Art Börsenumsatzsteuer einzuführen, um damit die Spekulation bei internationalen Währungsgeschäften zu besteuern. Diese Gewinne bei Währungsschwankungen sollten mit 0,5% besteuert werden. Außerdem schwebte Tobin vor, dass diese Besteuerung zu einer Verminderung des Kapitals im Spekulationsbereich führen würde. Anlass dafür war die argentinische Finanzkrise, die ihre Ursache auch darin hatte, dass gegen Argentiniens Währung auf den Devisenmärkten spekuliert wurde. James Tobin wollte da-

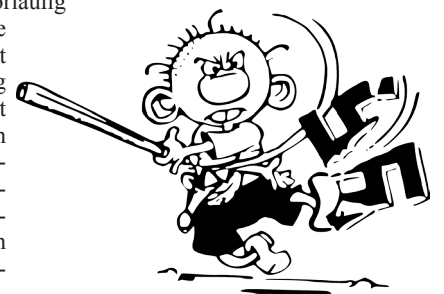
mals Staaten vor Wirtschaftskrisen durch Währungsspekulationen schützen. In 2006 verlaublich die UN auf Grund eines Reports des ehemaligen englischen Weltbank Chefökonom Nicholas Stern den Vorschlag der Einführung der sogenannten „Tobin Steuer“, um mit den Erträgen den Entwicklungsländer zum Ausgleich der negativen Folgen der Globalisierung zu helfen. Diese Steuer war der Beginn der globalisierungskritischen Bewegung Attac in Frankreich. Von dort breitete sich die Idee weltweit aus. Seit 2015 hat die Steuer auch in Deutschland auf politischer Bühne an Sympathien gewonnen, nachdem Bundesfinanzminister Schäuble das Thema „Tobin-Steuer“ auf die Agenda gebracht hatte. Sein Vorschlag einer Börsenumsatzsteuer geht sogar noch weiter als James Tobin in den 90er Jahren vorschlug. 10 EU-Staaten wollen mitmachen.



Borken ist überall

Die Demokratie ist in großer Gefahr. Das ist nichts Neues. Aber was sich hier auf kommunaler Ebene abspielt, hat eine neue Qualität. Zuletzt wurden Vorfälle in Bocholt bekannt, wo vermutlich rechte Extremisten Mordrohungen gegen Kommunalpolitiker der SPD und der CDU per Internet verbreitet haben. Solche Attacken häufen sich in den letzten Jahren. In Bocholt hat der rechte Mob sein Ziel zeitweise zumindest erreicht. Einer der angegriffenen Politiker Thomas Purwin, Vorsitzender des SPD Stadtverbandes Bocholt, hat den geplanten SPD Parteitag auf dem seine Wiederwahl stattfinden sollte, vorläufig abgesagt. Wer immer diese Art von Terror angewendet hat, er hat einen Punktsieg erreicht. Wenn man nicht will, dass Bürger sich von ihrem Engagement als ehrenamtlicher Politiker in kommunalen oder in anderen Bereichen zurückziehen, dann wird es jetzt höchste Zeit aktiv auf die Straße zu gehen,

um friedlich aber bestimmt seinen Unmut zu äußern und sich schützend vor die Opfer solchen Terrors zu stellen. Es hat keinen Zweck zu schweigen, denn diese Vertreter eines anderen Deutschlands werden nicht locker lassen. Es müssen Grenzen gezogen werden, um dem Spuk ein Ende zu bereiten. Es geht um uns alle. Denn jeder von uns kann der Nächste sein. Die Geschichte des beginnenden Faschismus im Deutschland der 20er Jahre ist ein treffendes Beispiel, warum es dringend notwendig ist, sich gegen solche Aktionen der Rechten zu wehren. -imgo-



Abgelehnt!

Verfassungsgericht bestätigt Grenzen für die vorläufige Anwendung von CETA

Gegner von CETA hatten es befürchtet oder erwartet: das Bundesverfassungsgericht hat den Eilantrag einer „Einstweiligen Verfügung“ gegen CETA abgelehnt. Somit kann jetzt CETA vorläufig angewendet werden, jedenfalls in engem Rahmen. Die Teile des Vertrages, die nach Ansicht des Gerichtes nur die EU etwas angehen, können vorläufig, auch ohne Einwilligung der Länder, in Kraft treten. Immerhin legte das Gericht fest, dass das Ganze nur unter der Voraussetzung ginge, dass man hinterher wieder aus dem Vertrag ausscheiden könne, sollte der Bundestag den Vertrag ablehnen.

Die Teile des Vertrages, die nach Ansicht des Gerichtes nur die EU etwas angehen, können vorläufig auch ohne Einwilligung der Länder in Kraft treten. Hierbei handelt es sich zwar für die Gegner um eine Niederlage, aber zum ersten Mal hat das oberste deutsche Gericht klargestellt, dass einige der Paragraphen des Vertrages nicht so ohne demokratische Kontrolle durchgewunken werden können. Die Gegner in NRW sammeln seit dem 17.9. bereits Unterschriften für eine Volksinitiative gegen CETA. Sie wollen damit erreichen, dass sich das NRW-Parlament mit dem Thema beschäftigt

Ganz Europa

ist besetzt von CETA-willigen Politikern!

Ganz Europa??? Nein!!! Ein kleines Land leistet hinhaltenden Widerstand

Das Regionalparlament der belgischen Wallonie sagt „Nein“ zu CETA. Das hatte zur Folge, dass die EU Handelsminister, darunter Bundeswirtschaftsminister Gabriel musste am 18.8.16 ohne Unterschrift wieder abreisen. Was viele Gegner nicht zu hoffen gewagt haben, sie, die Wallonen, haben es getan. Vermutlich werden die CETA Befürworter jetzt alles tun, um die Wallonie und ganz Belgien unter Druck zu setzen, die Verabschiedung des Freihandelsvertrages doch durchzusetzen. Immerhin, in den Augen der EU ist der französisch sprechende Teil Belgiens ein

Ort der Unbequemen, die sich auf die Fahnen geschrieben haben, ihre Souveränität im belgischen Verbund nicht gegen eine Selbstaufgabe innerhalb der EU durch die Ratifizierung des CETA-Abkommens



aufzugeben. Die Frage bleibt bisher offen, wie groß der Druck gegen die Wallonie hinter den Kulissen aufgebaut wird oder wie groß die finanziellen Zuwendungen für den südlichen Teil Belgiens sein werden, um sie doch noch zu einer Zustimmung zu verleiten. In Österreich gab es nach dem Mehrheitsvotum der Parteimitglieder der österreichischen Sozialdemokraten gegen den CETA Vertrag eine Kehrtwendung der Parteiführung hin zu einer Zustimmung. Die SPÖ Führung hat sich gegen ihre Mitglieder gestellt. Was dazu geführt hat, darüber wurde nicht berichtet.

Kommentar

von Joachim F. Gogoll

Europa steht vor einer ungeheuren Bewährungsprobe. Aber wer ist dieses Europa eigentlich. Sicherlich nicht nur die Brüsseler Verwaltung und Bürokraten oder das EU-Parlament. Europa das sind wir alle. Seit Bestehen der EU hat sich niemand eigentlich direkt darüber Gedanken gemacht, ob dieses Konstrukt, damals EWG genannt, von einer anfangs bestehenden Freihandelszone hin zu einem politisch geeinten Europa entwickelt werden soll. Diese fehlende Zukunftsperspektive hat die Brüsseler Verwaltung, angeführt von nationalen Politikern, dazu verleitet, einfach mal Veränderungen in der EU durchzusetzen. Da wären zum Beispiel die Einführung des Euro als gemeinsame Währung einiger EU-Staaten, die EU-Erweiterung bis auf 28 Staaten und auch das sogenannte „Schengen Abkommen“. Zugegeben, so etwas wie die EU gibt es nicht so häufig und man hat auch auf nationalen Ebenen der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten keine große Erfahrung, wie man es nun mal hinbekommen soll, diese Europäische Union, die uns solange Frieden in Europa gebracht hat. Aber zukunftsweisende Politik geht anders. Auch Offenheit und Ehrlichkeit im Hinblick auf das, was die EU eines Tages vielleicht mal sein soll, ist nicht gerade eine Stärke Brüssels und seiner Mitgliedsstaaten. Keine gemeinsame Wirtschaft, Finanz-, Währungs- und Steuerpolitik - alles Fehlanzeige. Die EU-Kommission verhält sich seit einiger Zeit wie ein patziges, kleines Kind, dem man

das Spielzeug weggenommen hat. CETA/TTIP sind traurige Beispiele für ein abgehobenes, nicht unbedingt demokratisch zu nennendes Verhalten der EU-Instanzen. Wie kann man nur so blind sein und ohne Not Freihandelsabkommen in Geheimverhandlungen schaffen und sich dann wundern, wenn bei dem was da herausgekommen ist, politisch mündige und hinterfragende, demokratische Bürger dagegen auf die Straße gehen, weil sie zu Recht befürchten müssen, dass Ihnen die Gestaltungsmöglichkeit ihrer Gesellschaft wesentlich entrispen werden soll. Ich bin gespannt, wie lange die Wallonie dem ungeheuren Druck aus Brüssel standhalten kann. Ich hoffe, sie lässt sich nicht beirren und verweigert dem Freihandelsvertrag die Zustimmung. Es wäre ein Glück für die Menschen in Europa und Kanada. Auch CETA, wie die meisten Freihandelsverträge, ist in unserer Zeit überflüssig wie ein Kropf. Es wird Zeit, Europa anders zu denken. Lasst uns im Interesse von uns Bürgern Europa positiv verändern. Es geht um uns Menschen und um nichts weniger. Wir brauchen Europa und die EU.

CETA - die EU - die Wallonen

Die EU-Reaktion zeigt ein Demokratiedefizit

Die Reaktion der EU auf die Weigerung der Wallonen, CETA abzulehnen, zeigt einfach nur, welches gebrochene Verhältnis die EU-Kommission zum Begriff „Demokratie“ hat. Die Einheit Europas steht in einigen Staaten im Augenblick zur Diskussion. Ein derartiges Verhalten der Kommission ist Wasser auf die Mühlen der EU-Feinde. Unbestritten, die EU ist das Beste, was Europa in den vergangenen Jahrzehnten zu Stande gebracht hat. Aber an ihren Institutionen und ihrer Vorgehensweise besteht drin-

gend Änderungsbedarf. Europa anders denken - das ist die Devise. Es kann nicht sein, dass zum Beispiel dem EU-Parlament weitgehendste Rechte vorenthalten bleiben, dafür aber die EU-Kommission mit einer zu großen Machtfülle ausgestattet ist. Das Parlament ist der Ort der demokratischen Entscheidung innerhalb der EU und nicht die Kommission. Die Frage, warum man Europaabgeordnete eines anderen EU-Mitglieds von einem x-beliebigen EU-Mitgliedsland nicht wählen kann, konnte man mir bisher nicht beantworten. Solange die EU nicht parlamentarisch demokratisch regiert wird, wird es immer wieder Probleme mit Brüsseler Beschlüssen in den einzelnen Mitgliedsstaaten geben. Europa anders denken - das wird die Zukunft sein. -imgo-



Termine

CETA-TTIP-EU

Diskussion mit Fabio di Masi, EU-Abgeordneter der Linken und Dr. Paul, NRW Landtagsabgeordneter der Piraten
11.11.16 in Dülmen

Impressum

Herausgeber:

Joachim F. Gogoll für Attac-COE

Redaktionsanschrift

Büro:

Detmolder Straße 9
45896 Gelsenkirchen

E-Mail:

jfgogoll(at)aol.com

Was bedeuten die Kürzel?

CETA = Comprehensive Economic and Trade Agreement

TTIP = Transatlantic Trade and Investment Partnership

TiSA = Trade in Services Agreement

Wer für seine Überzeugungen kämpft, kann verlieren - wer nicht kämpft hat schon verloren!
noch Fragen?

www.attac-coe.de